

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTOS: SPD BREMEN

100 Prozent Frauenquote plus Präsident in der Bremischen Bürgerschaft: Zum 41. Mal fand am 27. November 2015 das traditionelle Schaffnerinnenmahl auf Einladung der Bremer Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) statt. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Christian Weber, hielt Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu, Konrektorin für Internationalität und Diversität an der Universität Bremen, im Plenarsaal vor den 100 teilnehmenden Frauen ein Referat zum Thema: „Frauenberufe – ein Reichtum unserer Gesellschaft“. Anschließend stand das Mahl – es gab wie immer Hühnerfrikassee – im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft auf dem Programm. Das Schaffnerinnenmahl ist eine gute Gelegenheit zum „Netzwerken“ unter Frauen.

2015 WAR NICHT EINFACH FÜR DIE BREMER SPD

und 2016 werden die Herausforderungen nicht kleiner. *Von Dieter Reinken, Landesvorsitzender*

2015 war ein Jahr mit Höhen und Tiefen: Wir starteten mit Schwung in den Wahlkampf und mit einer intensiven Diskussion zur Erstellung unseres Regierungsprogramms. Viele Genossinnen und Genossen beteiligten sich an der Erarbeitung. Wochen der Wahlvorbereitung und des Wahlkampfes folgten in die wir sehr zuversichtlich hineingingen.

Das Ergebnis der Wahl am 10. Mai 2015 allerdings ernüchterte: Es lag deutlich unter unseren Erwartungen! Und auch den Umfragen! Es gibt sicher nicht den einen Grund dafür, dass unser Stimmenanteil so zurückging. Natürlich spielte auch die erneut zurückgegangene Wahlbeteiligung eine wichtige Rolle.

Das Wahlergebnis war kein „Irrtum der Wählerinnen und Wähler“. Das Wahlergebnis ist die Antwort auf einen Rückgang an Vertrauen in unsere Politik. Es ist alarmierend, wenn 71 Prozent der Wählerinnen und Wähler sagen, wir hätten die Probleme nicht im Griff. Dass die Menschen unsere Leistungen als „unbefriedigend“ einschätzen, ist ein

Alarmsignal. Unterrichtsausfall; Armut; Krankenhäuser; unbegleitete straffällige jugendliche Flüchtlinge; Bürgerschaftsstühle – dieser Themenmix bestimmte die öffentliche Wahrnehmung. Dagegen verblassten die guten Ergebnisse, die wir in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, in der Integrationspolitik, beim Wohnungsbau und vielen anderen Feldern vorweisen konnten.

Dies zu erkennen, war bitter. Vor allem, weil die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaft, für die Beiräte und für die Stadtverordnetenversammlung, und vor allem die Ortsvereine einen intensiven Wahlkampf geführt hatten: So präsent mit Infoständen, Hausbesuchen, Vor-Ort-Terminen, mit unseren Campaignerinnen und Campaignern waren wir nie. Das muss in künftigen Wahlkämpfen erneut aufgegriffen werden.

Es war richtig, dass wir als SPD schnell die Initiative für einen Neuanfang ergriffen haben. Das 6-Punkte-Papier von Carsten Sieling, die auf dem

Parteitag am 2. Juni 2015 beschlossenen Eckpunkte für die Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/ Die Grünen und die Nominierung von Carsten Sieling zum Bürgermeister und Präsidenten des Senates waren deutliche Signale: Wir haben verstanden, wir müssen etwas ändern und wir wollen Bremen weiter gestalten.

Ich bin überzeugt: So zu handeln war besser und verantwortungsvoller, als uns zunächst in quälende Debatten über den inneren Zustand der Partei zu begeben.

Wir haben im Koalitionsvertrag die richtigen Schwerpunkte gesetzt: Mehr Lehrer, Unterstützung für Langzeitarbeitslose, Ausbildungsgarantie weiterentwickeln, Investieren in Wirtschaft und Häfen, bessere Ausstattung von Polizei und Feuerwehr, gute Sozialpolitik und Integration von Flüchtlingen. Das sind die Botschaften, die wir in den nächsten Jahren mit Inhalten füllen müssen.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Aber eins ist auch klar: Bremen hat die schwierigsten Herausforderungen noch vor sich – und damit auch die SPD als Regierungspartei. Die finanziellen Handlungsspielräume sind enger denn je.

Wir sind Regierungspartei und wollen es bleiben. Das bedeutet auch, dass wir für „gutes Regieren“ mitverantwortlich sind – für den Erfolg oder Misserfolg der jetzigen Koalition. Die unterschiedlichen Rollen von Partei, Senat und Fraktion müssen im Sinne der SPD wahrgenommen werden – und wir müssen ab jetzt die Voraussetzungen für ein besseres Ergebnis 2017 bei der Bundestagswahl und 2019 bei den Bürgerschaftswahlen schaffen.

Die SPD ist die „Bremen-Partei“ – wir konnten und können die beiden Städte gut repräsentieren und weiterentwickeln. Dazu sollte gehören, dass wir uns auf den Weg machen und – gerade wegen der Herausforderungen des Alltags – unsere Zukunftsvision für ein Bremen 2020 entwickeln. Wo

wollen wir hin mit dem Land, welche Herausforderungen kommen und welche Wege schlagen wir ein? Wer, wenn nicht wir, kann diese Fragen beantworten?

Wir müssen uns aber auch intensiv mit dem inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Zustand der Partei beschäftigen. Wie wollen wir künftig arbeiten? Wie wollen und können wir auf die Menschen zugehen? Wie und wo präsentieren wir unsere politischen Positionen? Wie bündeln wir unsere Kräfte?

Der Landesgeschäftsführer hatte dies in einem Artikel an dieser Stelle unter die Überschrift gestellt: Wir brauchen einen neuen Anzug! Die Bestandsaufnahme und die folgenden Diskussionen hatten zu Unruhe in den Gliederungen geführt. Sorgen vor dem Zerschlagen von „Bewährtem“ überlagerten die Notwendigkeit einer kritischen Bestandsaufnahme. Diese notwendige Debatte haben wir jetzt gestoppt. Das mag zunächst nicht anders

möglich sein – es löst jedenfalls nicht die strukturellen und finanziellen Probleme der SPD im Land Bremen. Es wird Aufgabe eines neuen Landesvorstandes sein, die offenen Fragen weiter zu bearbeiten.

Der Blick nach „draußen“ – in die Gesellschaft – zeigt die großen Herausforderungen für 2016: Die Bewältigung der Flüchtlingsströme stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Zuspitzung außenpolitischer Konflikte und terroristischen Angriffe erfordern neue Antworten. Viele Themen der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit bleiben zentrale sozialdemokratische Botschaften. Wir stellen auch fest: Rechte Parteien und die Rollen von einfachen Lösungen gewinnen an Boden. Umso wichtiger ist es jetzt, mit einer schlagkräftigen SPD gegenzuhalten. Mitten in der Gesellschaft, in den Stadtteilen, Betrieben, Vereinen – dort wo Meinung gemacht wird. ■

WIR STEHEN AN DER SEITE FRANKREICHS

Dokumentation des Beschlusses des Landesvorstandes vom 16. November 2015

Wir sind voller Entsetzen über die Terroranschläge in Paris. Wir trauern um die Opfer und unser ganzes Mitgefühl gilt ihren Hinterbliebenen und Freunden.

Gleichzeitig wissen wir: Diese terroristischen Attacken richteten sich nicht nur gegen zufällig anwesende Musikfans, Restaurantbesucher oder Passanten auf der Straße. Mit Paris, der Stadt von der geschichtlich erstmals der Ruf nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ausging – mit dieser Stadt sollte ein Symbol europäischer Aufklärung, Demokratie und Kultur getroffen werden. Die lebensverachtenden Anschläge in Paris zielten deshalb nicht allein auf Frankreich. Sie sollen die zivilisatorischen Grundwerte und Ideale ganz Europas treffen.

Wir stehen deshalb an der Seite Frankreichs. Freiheit, Gleichheit und Solidarität – das ist und bleibt unsere gemeinsame Antwort auf den lebensverachtenden Fundamentalismus der Terroristen. Vive la République, vive la France! Es lebe die Republik, es lebe Frankreich!

Wir fühlen genauso mit allen Opfern von Krieg und Terror weltweit, sei es in Ankara, Beirut, Syrien oder im Irak. Und mit den vielen Flüchtlingen, die ihre Heimat verlassen müssen, um dem Terror zu entkommen.

Wir lassen uns nicht einschüchtern

Die terroristischen Angriffe in Paris sind nicht auf Eroberung und Landnahme

ausgerichtet. Sie zielen auf die Köpfe und Herzen der Bürgerinnen und Bürger. Sie sollen schockieren, erschrecken und – vor allem – eine Angst vor Wiederholungen erzeugen. In Paris wurden deshalb nicht Gebäude angegriffen, sondern Menschen bei ihren Freizeitaktivitäten. Das Ziel der Mörder ist, eine anhaltende Furcht in den Alltag unserer Städte zu tragen. Beim Besuch von Fußballspielen oder Konzerten, in Restaurants oder auf öffentlichen Plätzen sollen die Erinnerungen an Paris aufsteigen und die Freude an all dem verderben, was die selbsternannten Gotteskrieger in ihrem düsteren Fanatismus als „Unmoral“ und „Laster“ hassen. Die Angst vor Anschlägen soll zugleich Misstrauen und Ablehnung sähen – perfiderweise gerade gegenüber denen, die selbst vor dem Terror in ihrer Heimat geflohen sind.

Die Mörder haben sich dem so genannten „Islamischen Staat“ verschrieben. Diese Organisation ist eine Terrorbande mit einer simplen Ideologie der Vernichtung. Sie hat allen – auch den andersdenkenden Vertretern des Islam – den Krieg erklärt und trägt ihren wahnwitzigen Terror auch nach Europa, um den „Gottesstaat“ zu propagieren.

In unseren Reaktionen müssen wir deshalb darauf achten, dass wir nicht ungewollt die Wirkabsichten der Angreifer verstärken. Denn das war noch stets das zynische Kalkül jedweden Terrorismus. Wir dürfen uns deshalb nicht einschüchtern lassen. Im Gegenteil. Wir sind gefordert – auch und gerade angesichts des Terrorismus – die Offenheit und die Frei-

räume unserer Gesellschaft zu nutzen und zu verteidigen.

Wir wenden uns gegen eine Instrumentalisierung der schrecklichen Ereignisse

Wir wenden uns deshalb entschieden gegen Angstmache und die Versuche, die schrecklichen Geschehnisse in Paris für innenpolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Klar ist, wir müssen der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hohe Priorität einräumen. Aber wir dürfen uns deshalb jetzt nicht vorschnell zum Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten verleiten lassen. Vor allem aber müssen wir den rechtspopulistischen Kräften widerstehen, die den Schock von Paris zu einer „Wende“ in der Flüchtlingspolitik nutzen und missbrauchen wollen. Auch die Flüchtlinge sind Opfer von Gewalt, Terror und unmenschlicher Bedrohung. Sie brauchen deshalb weiter unsere Solidarität und Hilfe. Misstrauen und Abschottung dürfen keine Reaktion auf die mörderischen Attacken in Paris sein. Umso wichtiger ist es jetzt, alle Anstrengungen zu unternehmen, Krieg und Gewalt, Unterdrückung und wirtschaftliche Not zu beseitigen. Die Weltgemeinschaft muss alle Kraft daran setzen, die Konflikte in der arabischen Welt, in Afrika, in Afghanistan zu beenden.

Gefordert ist jetzt politische Besonnenheit und – in allem was wir tun – der entschiedene Wille, unsere lebensbejahenden Grundwerte und Ideale gegen ihre dumpfen Feinde zu behaupten. ■

TERMINE:

JAHRESAUFTAKTVERANSTALTUNG DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

Freitag
15. Januar 2016
19:00 Uhr

Treffpunkt KWADRAT
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4
28199 Bremen

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Kevin Lenkeit.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

In Klausur: SPD-Fraktion hat ihre Zielsetzung festgeklopft

Drei arbeitsreiche Tage liegen hinter den Abgeordneten der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Mitte November gingen sie in Wilhelmshaven in Klausur, um sich dort in intensiven Diskussionen mit den Herausforderungen zu beschäftigen, die in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren auf Bremen zukommen. Neben Besuchen von Bürgermeister Carsten Sieling, den sozialdemokratischen Mitgliedern des Senats und der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Maike Schaefer standen knapp 30 Anträge auf der Tagesordnung, die beraten und verabschiedet wurden.

Im Mittelpunkt der Klausur stand die Frage, welche Schritte nötig sind, um den vielen Menschen eine Perspektive zu bieten, die ihre Flucht nach Bremen führt. Mehr als 12.000 werden es wohl in diesem Jahr sein. „Wir stehen vor einer großen Herausforderung – und dieses Thema wird uns noch lange beschäftigen“, betonte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle. Aktuell müsse es erst einmal darum gehen, die zu uns kommenden Flüchtlinge angemessen unterzubringen. Allerdings müsse zugleich eine mittel- und langfristige Perspektive entwickelt werden. „Es geht eben auch darum, für die Zukunft

zu planen, denn viele der Menschen werden auf absehbare Zeit nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können“, sagte Möhle und ergänzte: „Wir brauchen eine längerfristige Perspektive – und dabei sind alle Senatsressorts gefordert.“



Klaus Möhle



Konzentriert am Werk: Die Abgeordneten und Deputierten der SPD-Bürgerschaftsfraktion berieten und beschlossen auf ihrer Klausur in Wilhelmshaven knapp 30 Anträge.

Die SPD-Fraktion hat daher auf ihrer Klausur einen Antrag verabschiedet, der in Bereichen wie Wohnungsbau, Bildung, Gesundheit oder Arbeit konkretes Handeln des Senats einfordert. Mitterweile ist dieser Forderungskatalog in der Novembersitzung des Landtages beschlossen worden. Verlangt wird darin unter anderem ein Ausbauprogramm im Bildungsbereich, das auf die steigenden Schülerzahlen reagiert.

In einem weiteren auf der Klausur beschlossenen Antrag plädiert die SPD-Fraktion zudem dafür, den Ganztagsausbau weiter zu forcieren. „Schulen sind für geflüchtete Kinder und Jugendliche zentraler Integrationsort“, erklärte dazu der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Mustafa Güngör, „und Ganztagsangebote können dabei helfen, sie schneller und besser zu integrieren.“ Parallel dazu fordert die SPD-Fraktion eine Ausweitung der Sprachkurse für

Erwachsene – nicht zuletzt, um eine bessere und schnellere Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Weitere auf der Klausur beschlossenen Initiativen haben etwa die bessere Beteiligung von Flüchtlingen an kulturellen Angeboten zum Ziel oder fordern eine Prüfung, ob und wie Sprach- und Kulturlotsen angesichts ihrer wichtigen Funktion in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse übernommen werden können.

Ein zentrales Thema der Klausurtagung war zudem der Wohnungsbau. Zum einen fordert die SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Grünen Koalitionspartner eine Anpassung der bisherigen Planungen vor dem Hintergrund der vielen Menschen, die aktuell nach Bremen kommen. Zum anderen verabschiedete die Fraktion ein Positionspapier, das die Richtung für die Baupolitik der kommenden Jahre vorgibt. „Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung müssen wir davon ausgehen, dass wir mehr als 3000 zusätzliche Wohneinheiten im Jahr benötigen – also mehr als doppelt so viele wie bisher geplant“, erklärte der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Pohlmann. Der Senat sei daher gefordert, bedarfsgerechte Ausbauziele vorzulegen und zudem die weiteren Möglichkeiten für ein kommunales Wohnungsbauprogramm zu prüfen. „Und Bremen darf sich dabei nicht auf ein bestimmtes Segment konzentrieren“, betont Pohlmann, „das bedeutet, dass die Planung eben auch günstigen öffentlichen Wohnraum für Studierende ebenso umfassen muss wie attraktive Angebote für Familien mit dem Wunsch nach einem bezahlbaren Eigenheim.“

> **Alle Infos zur Klausurtagung:**

www.spd-fraktion-bremen.de/top-themen/klausur-2015 ■

WACHSENDE STÄDTE: CHANCEN FÜR ALLE MENSCHEN!

Von Bürgermeister Carsten Sieling, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

seit acht Jahren tragen SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam Regierungsverantwortung für unser Land und die rot-grüne Koalition befindet sich nun in der dritten Legislaturperiode. Das hat es in Deutschland noch nie gegeben. Die vergangenen Monate seit der Wahl im Mai waren – nicht nur für mich ganz persönlich – ungeheuer ereignisreich und herausfordernd. Sie gehörten ohne Zweifel zu den intensivsten in meiner bisherigen politischen Arbeit und wir hatten als Senat vom ersten Tag an ein volles politisches Programm: Angefangen bei der Aufstellung der Haushalte 2016/2017 und dem Nachtragshaushalt für dieses Jahr, über die Gespräche zum Bund-Länder-Finanzausgleich, bis hin zur Übernahme des Vorsitzes der Ministerpräsidentenkonferenz. Wir haben erste wichtige Schritte bei der Verbesserung der Kooperation zwischen Bremen und Niedersachsen gemacht, haben den Prozess der Verwaltungsmodernisierung auf das Gleis gesetzt und die Zusammenlegung der Verantwortungsbereiche Kinderbetreuung und Bildung ist erfolgt; die Arbeiten laufen auf Hochtouren. Besonders gefreut habe ich mich darüber, dass es gelungen ist, trotz der extrem engen Haushaltslage sehr schnell die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in Bremerhaven bei der Lloyd Werft in Zukunft wieder Schiffe gebaut werden. Das sichert und schafft neue Arbeitsplätze sowie hoffentlich Selbstbewusstsein in der Seestadt.

Verantwortung annehmen und Integration gestalten

Die wohl größte Aufgabe, der wir uns als politisch Verantwortliche aber auch als Gesellschaft insgesamt seit Sommer zu stellen haben, ist aber die weltweite Migrationsbewegung. Das Flüchtlingsthema und die Geschwindigkeit der Zuwanderung stellen ganz Europa, stellen Deutschland und natürlich auch Bremen und Bremerhaven vor enorme Herausforderungen. Die Zahl der Menschen, die zu uns kommen, hat sich seit Jahresmitte noch einmal vervielfacht. Ihre Unterbringung wäre ohne die gewaltige Hilfsbereitschaft und das großartige ehrenamtliche Engagement so rasch gar nicht denkbar. Gleichzeitig ist klar: Unsere Verantwortung endet nicht bei der Unterbringung und Erstversorgung. Im Gegenteil: Wir müssen die Risiken und Herausforderungen der rasanten Zuwanderung ernst nehmen. Wir sollten aber gleichzeitig unsere Kraft und Ressourcen auch auf die Chancen und Potentiale lenken, die in der Zuwanderung stecken. Das bedeutet: Natürlich muss die Geschwindigkeit und der Zustrom der Flüchtlinge verringert werden. Schon allein deshalb, weil wir kaum eine menschenwürdige Erstunterbringung im notwendigen Ausmaß auf Dauer werden organisieren können. Die größte Herausforderung aber wird für uns alle darin bestehen, die Menschen, die zu uns kommen und auch bei uns bleiben, möglichst rasch in unsere Gesellschaft zu integrieren, ihnen Spracherwerb, Bildung, Arbeit und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Investitionsschub für Wohnen, Bildung und Arbeit wichtig

Klar ist: Wer gesellschaftlichen Frieden, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt dauerhaft sichern will, der ist jetzt auch ökonomisch gefordert. Unser Land braucht einen Investitionsschub für Wohnen, Bildung und Arbeit – übrigens für alle Bürgerinnen und Bürger. Deshalb sind natürlich auch die im Koalitionsvertrag beschlossenen Vorhaben weiter die Grundlage unseres Handelns. Und sie sind dringender denn je: Wir werden nicht nur Wohnraum für Flüchtlinge schaffen, sondern das Wohnraumangebot für alle verbessern. Wir werden mehr Plätze in Kindertageseinrichtungen bereitstellen und brauchen eine gute Ausstattung an unseren Schulen und Hochschulen für alle jungen Menschen. Eine aktive Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik ist für alle Bremerinnen und Bremer notwendig, ob hier geboren oder zugewandert. Wir brauchen Ausbildungsplätze nicht nur für die Jugendlichen, die vor Not und Elend zu uns fliehen, sondern auch für die, die hier schon leben. Diese Perspektive des Miteinanders muss bei allen Programmen angelegt werden. Denn der soziale Zusammenhalt ist und bleibt das Kernstück unserer wachsenden Städte. Und was auch allen klar sein muss: Das alles ist eine nationale Gemeinschaftsaufgabe. Der Bund wird sich deutlich stärker finanziell engagieren müssen. Das betrifft die Finanzierung der Integrationskosten in den Kindertageseinrichtungen und Schulen genauso wie den Einsatz des Bundes im Arbeitsmarkt und der Wohnungsbaupolitik.

Herausforderungen gemeinsam angehen

Die rot-grüne Koalition hat in den ersten Wochen ihrer Regierungszeit bereits eine Menge bewegt. Die Zusammenarbeit im Senat ist gut und konstruktiv. Um unsere Ziele zu erreichen, wird es in den kommenden Monaten unsere Aufgabe sein, weiter zielstrebig die Umsetzung unserer politischen Schwerpunkte zu verfolgen und zugleich den Weitblick und

die Kraft zu haben, sich auf das Machbare und nicht ausschließlich auf das Wünschenswerte zu konzentrieren. Denn wir müssen den eingeschlagenen Sanierungsweg konsequent weiter beschreiten und den Menschen in Bremen und Bremerhaven transparent, offen und ehrlich erklären, warum wir das eine tun und das andere vielleicht nicht mehr tun können. Das wird kein einfacher Weg und wir werden der Politik, der Verwaltung, aber auch den Menschen in Bremen und Bremerhaven einiges abverlangen müssen. Und eines ist deshalb auch für die Zukunft völlig unstrittig: Wir werden die enormen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nur gemeinsam lösen. Die Menschen erwarten von uns, dass wir Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Fragen geben, dass wir Lösungen für Probleme anbieten und dass wir das dann auch umsetzen. Das gilt gerade für uns als SPD. Wir müssen der Motor der Koalition bleiben, wir müssen als SPD alle Menschen und alle Stadtteile im Blick haben. Dabei setze ich auf die Geschlossenheit in unserer Partei ebenso wie in der Koalition. Und dabei baue ich natürlich auch auf Eure Unterstützung.

Euer


